

Landeshauptstadt

Hannover

Informations-  
drucksache

In den Stadtbezirksrat Mitte  
In den Stadtbezirksrat Vahrenwald-List  
In den Stadtbezirksrat Bothfeld-Vahrenheide  
In den Stadtbezirksrat Buchholz-Kleefeld  
In den Stadtbezirksrat Misburg-Anderten  
In den Stadtbezirksrat Kirchrode-Bemerode-Wülferode  
In den Stadtbezirksrat Südstadt-Bult  
In den Stadtbezirksrat Döhren-Wülfel  
In den Stadtbezirksrat Ricklingen  
In den Stadtbezirksrat Linden-Limmer  
In den Stadtbezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt  
In den Stadtbezirksrat Herrenhausen Stöcken  
In den Stadtbezirksrat Nord  
In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen  
In den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und  
Liegenschaftsangelegenheiten  
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss  
In den Gleichstellungsausschuss  
In den Ausschuss für Haushalt Finanzen und  
Rechnungsprüfung  
In den Ausschuss für Integration, Europa und  
Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)  
In den Jugendhilfeausschuss  
In den Kulturausschuss  
In den Organisations- und Personalausschuss  
In den Schulausschuss  
In den Sozialausschuss  
In den Sportausschuss  
In den Verwaltungsausschuss  
An die Ratsversammlung (zur Kenntnis)

Nr. 0553/2013

Anzahl der Anlagen 7

Zu TOP

## **BITTE AUFBEWAHREN - wird nicht noch einmal versandt**

### **"Auf dem Weg zur inklusiven Stadt" - Jahresbericht für das Jahr 2012**

Die Landeshauptstadt Hannover hat sich dafür entschieden, zu der von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten UN-Behindertenrechtskonvention im Rahmen des Nationalen Aktionsplans der Bundesregierung einen eigenen, kommunalen Beitrag zur Verwirklichung des Ziels der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen auch mit einer Behinderung an

allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu leisten.

Auf Grundlage eines Ratsauftrages (Drucksache Nr. 0299/2011) hat sie mit ihrer Konzeption "Auf dem Weg zu einer inklusiven Stadt" (Drucksache Nr. 1967/2011) daher Voraussetzung, Rahmenbedingungen und ein eindeutiges Zielverständnis dieses Prozesses beschrieben. Gem. dem Auftrag des Rates ist dieser Bericht jährlich fortzuschreiben.

Den Gremien des Rates - und den Bezirksräten - wird nunmehr mit dieser Informationsdrucksache der erste, in diesem Rahmen entstandene Bericht "zur Kenntnisnahme" zugeleitet.

Die Fachverwaltungen haben dem Bericht im Rahmen ihrer Zuständigkeit themenbezogen geliefert und zeichnen für den entsprechenden Inhalt sachlich und fachlich verantwortlich.

Die erbetene "Kenntnisnahme" der Ratsgremien und Bezirksräte soll jedoch - entsprechend dem umfassenden Charakter des Inklusionsprozesses - die Beschäftigung nicht auf eine bloße Informationsnahme reduzieren. Vielmehr ist beabsichtigt und erwünscht, in den jeweiligen Fachausschüssen (und Fachpolitiken) (mindestens) diese Gelegenheit zu nutzen, um die jeweilige Zuständigkeit im Hinblick auf ihre "Inklusionskompatibilität" zu reflektieren. Das kann ggf. auch bedeuten, Gegebenheiten und Umstände jenseits der in der Drucksache aufgeführten zu thematisieren, sofern sie Bestandteile des Inklusionsprozesses sind oder werden können.

Es ist ausdrückliche Absicht des Berichtes, auch weitergehende Diskussionen mit dem Ziel, den Inklusionsprozess voranzutreiben, im sozialen, politischen und gesellschaftlichen Kontext zu initiieren und ggf. auch zu Beschlüssen in dieser Hinsicht anzuregen.

Der vorliegende Bericht wurde - entsprechend der Konzeption in der Drucksache Nr. 1967/2011 - mit dem Runden Tisch für Menschen mit Behinderungen der Landeshauptstadt Hannover abgestimmt.

Eine gemeinsame Stellungnahme des Runden Tisches plus ergänzender Stellungnahmen einzelner Verbände und Organisationen des Runden Tisches sind als Anlage beigefügt.

Dadurch soll gewährleistet sein, die Anregungen des Runden Tisches in die Beratungen der Fachgremien und Bezirksräte einfließen zu lassen und deren mögliche Behandlung ggf. zum Gegenstand der nächsten Fortschreibung zu machen. Ebenso ist vorgesehen, mögliche weitergehende gesellschaftliche Aktivitäten mit dem Ziel der Förderung der Inklusion in Bereichen außerhalb der Stadtverwaltung, wie auch in der Stellungnahme des Runden Tisches angesprochen, zum Gegenstand der Darstellung zu machen.

### **Berücksichtigung von Gender-Aspekten und von Menschen mit Behinderungen**

Die Umsetzung der Inklusion nach der UN-Behindertenrechtskonvention hat die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen mit und ohne Behinderung am gesellschaftlichen Leben, unabhängig von Alter, Geschlecht oder Nationalität zum Ziel; der hier vorgestellte Bericht entspricht dieser Vorstellung.

### **Kostentabelle**

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

Dez. III

Hannover / 04.03.2013